

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1930

20.1.1930 (No. 17)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Ergebnis:
Karl-Friedrich-
Straße Nr. 14
Herausgeber
Nr. 953
und 954
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 3515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
G. Ummel,
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3,25 RM, einjährl. Postgebühren. — Einzelnummer 10 Pf.; Samstag 15 Pf. — Anzeigengebühr: 14 Pf. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Lieferungen tariffermäßiger Rabatt, der als Kassenzahlung gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrich-Straße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klagerhebung, zwangsweiser Weitreibung und Kontaktsverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Auslieferung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Abonnent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Druckfächer und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verantwortung für irgendwelcher Vergrößerung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsabschluss erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Amtlicher Teil

Die Lage des Arbeitsmarktes

(mitgeteilt vom Landesarbeitsamt Südwestdeutschland)

Die kritische Lage des Arbeitsmarktes hat in der Berichtszeit vom 9. bis 15. Januar eine weitere leichte Entspannung erfahren. Die Zahl der unterstützten Arbeitslosen nahm allerdings nochmal zu; doch ist das eine sekundäre Erscheinung, die, wie schon öfter bemerkt, in den Besonderheiten des Unterstützungsverfahrens begründet ist.

Der Stand an unterstützten Arbeitslosen am 15. Januar war folgender:

In der versicherungsmäßigen Arbeitslosenunterstützung

101 424 Personen (87 987 Männer, 13 437 Frauen),

in der Krisenunterstützung

11 561 Personen (8982 Männer, 2579 Frauen).

Die Gesamtzahl der Unterstützten stieg um 6817 Personen oder um 6,4 v. H.

von 106 108 Personen (90 978 Männer, 15 130 Frauen)

auf 112 985 Personen (96 969 Männer, 16 016 Frauen);

davon kamen

auf Württemberg 45 739 gegen 42 508 und

auf Baden 67 246 gegen 63 600 am 8. Januar 1930.

Im Gesamtbezirk des Landesarbeitsamts Südwestdeutschland kamen am 15. Januar 1930 auf 1000 Einwohner 22,4 Hauptunterstützungsempfänger.

Die anhaltend warme und trockene Witterung hat das Anwachsen der beruflichen Arbeitslosigkeit der Außenberufe stark eingedämmt. Nur in wenigen Bezirken hat sich der Anstieg der Arbeitslosen aus dem Baugewerbe weiter gesteigert. Besonders im Tiefbaugewerbe gab es bei Straßen-, Fluss- und Wasserbauarbeiten eine große Zahl von Beschäftigungsmöglichkeiten. Die Zahl der beschäftigten Hilfsarbeiter hat in der Berichtswache von 1700 auf rund 2800 zugenommen. In der Industrie der Steine und Erden wurde von einem Großbetrieb der badischen Zementindustrie ein großer Teil der vor einigen Wochen entlassenen Belegschaft wieder eingestellt; im übrigen überwiegen aber immer noch die Entlassungen. Im Verkehrswesen war die Vermittlungstätigkeit für Hafenarbeiter und Schiffpersonal sehr ruhig; bei der Reichsbahn war der Bedarf an Streckenarbeitern recht gering; auch hier war die Arbeitslosigkeit noch im Zunehmen.

Die Kräfteanforderungen in der Landwirtschaft fürs Frühjahr sind in der Berichtswache etwas zahlreicher eingelaufen. Der Bedarf konnte in der Regel gedeckt werden, bloß dem chronischen Mangel an Mägden ist nicht abzuhelfen. Die Fortschritte waren noch in vollem Gange, gehen aber allmählich ihrem Ende zu. Vielfach behindert der schneearme Winter die Holzabfuhr.

Die Vermittlungstätigkeit im Gast- und Schankwirtschaftsgewerbe erfuhr für Servicepersonal eine leichte Belebung. Infolge des Ausbleibens des Winterwetters mußten die Höhenkurie das eingestellte Personal zum Teil wieder entlassen. Für die Frühjahrssaison waren schon gesteigerte Anmeldungen von Stellenjuchenden zu verzeichnen; die Bedarfsanmeldungen der Hotels aber waren noch gering. Die rege Nachfrage nach häuslichem Dienstpersonal blieb bestehen; sie konnte trotz dem vorhandenen Überangebot an Bewerberinnen infolge Mangel an geschulten Kräften nicht ganz befriedigt werden.

In der Industrie ist der saisonmäßige Rückgang der Verbrauchsgüterindustrie etwas stärker in Erscheinung getreten, während sich die rückläufige Bewegung der Produktionsgüterindustrie nicht mehr in dem Umfang wie in den Vorwochen fortgesetzt hat.

In der Metallindustrie wurden zwar noch größere Entlassungen in einer württembergischen Maschinenfabrik gemeldet; ein badischer Großbetrieb des landwirtschaftlichen Maschinenbaus, der Mitte Dezember stillgelegt wurde, hat von den damals entlassenen 2000 Arbeitern 1500 wieder eingestellt. Die Abschwächung des Beschäftigungsgrades der Schmiedewarenindustrie und der Uhrenindustrie kam in der Berichtswache etwas stärker zum Ausdruck. Die saisonmäßigen Einschränkungen und Entlassungen in der Textilindustrie hielten sich noch in sehr engen Grenzen. Größeren Umfang drohen die Entlassungen in der badischen Seidenfabrikation anzunehmen, wo ein Unternehmen zur Durchführung von Rationalisierungsmaßnahmen 10 Filialbetriebe mit 500 Arbeitskräften stilllegen will. In der Lederindustrie hat sich die Lage in der Kofferindustrie weiter verschlechtert. Auch in der Gummiindustrie wurden Entlassungen vorgenommen. In der Holzindustrie ist die weitere Verschlechterung der Sägewerkindustrie teilweise auf die geringe Anfuhr von neuem Holz infolge der schwierigen Abfuhrverhältnisse in den Forsten zurückzuführen. In der Möbelindustrie und in der Bauzweige ist noch keine Besserung eingetreten. Eine badische Stuhlfabrik hat 200 Entlassungen angeordnet. Im Nahrungs- und Genussmittelgewerbe meldeten sich Bäcker und Metzger in vermehrter Zahl arbeitslos. Der Beschäftigungsgrad der badischen Zigarrenindustrie hat sich noch auf bemerkenswerter Höhe gehalten. Die Konfektindustrie war in geringem Umfang aufnahmefähig. Im Bekleidungsgebiete ist die Arbeitslosigkeit unter Schneider, Schneiderinnen und Modistinnen in ständigem Ansteigen begriffen. Die Lage in den Angestelltenberufen wurde durch die Inventurausverkäufe kaum merklich entlastet. In den übrigen Gewerbezweigen waren die Vorgänge auf dem Arbeitsmarkt nicht von Bedeutung.

Letzte Nachrichten

Der Auftakt zur Flottenkonferenz

Eröffnung durch den englischen König
W.A. London, 20. Jan. (Tel.) Heute vormittag findet in Downingstreet eine Sitzung aller Delegierten der Flottenkonferenz statt, um das vorläufige Programm für die morgige Sitzung aufzustellen. Der König trifft heute vormittag aus Sandringham in London ein. Um 3.30 Uhr empfängt er im Buckinghampalast die Mitglieder der fünf Delegationen. Danach hält er einen Kronrat ab. Morgen eröffnet der König im Oberhaus die Flottenkonferenz und fährt danach sofort nach Sandringham zurück. Die Reden des Königs und der Führer der verschiedenen Delegationen werden über die ganze Welt durch Rundfunk verbreitet werden. Heute abend nehmen die Delegierten an einem Regierungsbankett im Savoyhotel und danach an einem Empfang im Lancasterhouse teil.

Die Kanalgarantie

W.A. Paris, 20. Jan. (Tel.) Der Londoner Berichterstatter des „Echo de Paris“, der seinem Blatt über den in den öffentlichen Erörterungen zur Flottenkonferenz neuerdings aufgetauchten Gedanken eines Garantiepaktes zur Sicherstellung der Kanalzone berichtet, erklärt darin den Preis, den England und Frankreich für die englische Garantie unter dem Locarnoabkommen verlangt. Dasselbe ist nach Ansicht des Berichterstatters der Fall mit der von England vertretenen Forderung, daß Frankreich die Zahl seiner Kreuzer und U-Boote herabsetzt.

Das Zündholzmonopol

W.D. Berlin, 20. Jan. (Tel.) Dem Reichstag ist jetzt der Entwurf eines Zündwarenmonopols zugegangen. Zwischen der Reichsregierung und dem Reichsrat ist bekanntlich über die Vorlage keine Übereinstimmung zustande gekommen. Die Reichsregierung macht dem Reichstag daher eine Doppelvorlage. Ferner macht sie darauf aufmerksam, daß es nach dem Vertrag mit den schwedischen Anleihegebern notwendig ist, das Gesetz spätestens am 31. Jan. d. J. zu veröffentlichen. Bei der Festsetzung des Zeitpunktes für die abschließende Beratung im Reichstag werde daher in Betracht zu ziehen sein, daß gegebenenfalls noch rechtzeitig festgestellt werden müsse, ob der Reichsrat Einspruch erheben will oder nicht.

Protest gegen den bayerischen Königsfilm

W.D. München, 20. Jan. (Tel.) Gegen die Zulassung des von der deutschen Tochterfirma einer amerikanischen Filmgesellschaft hergestellten Films „Ludwig II., König von Bayern“, werden, falls von Bayern aus weitere Schritte nicht unternommen werden sollten, voraussichtlich die Verwandten des verstorbenen Königs Ludwig II. auf Grund des § 189 des StGB. (Gefährdung der Familienehre) die Vorführung zu verhindern suchen, wenn der Film in seiner jetzigen Form, in der nicht nur der verstorbenen König, sondern auch die ganze Verwandtschaft — zum Teil noch lebende Personen — auftreten, zur Vorführung kommen sollte.

Die Christlich-Sozialen in der Tschechoslowakei

W.D. Prag, 20. Jan. (Tel.) Die Christlich-Soziale Volkspartei hielt gestern im Deutschen Hause ihren Parteitag ab. Prof. Dr. Wauer-Garting sprach in seinem Referat die Hoffnung aus, daß die heute in der Regierung sitzenden deutschen Parteien gegebenen Versprechungen in Erfüllung gehen. Auch die deutschen Christlich-Sozialen hätten jederzeit gewisse Zusagen erhalten. Der Redner betonte, daß es ihm während seiner Ministerzeit nicht gelungen sei, das Sprachrecht zu ändern, größere Erfolge im Schulwesen zu erzielen und das Anrecht an den deutschen Staatsbeamten wieder gutzumachen. In einer Entschuldigend wird die Erwartung ausgesprochen, daß die Abgeordneten und Senatoren der Partei, die in der Opposition erlangte Freiheit besitzen, um den Kampf für die Rechte des deutschen Volksteils in der Tschechoslowakei fortzusetzen.

Neue Kämpfe in China

W.D. Paris, 20. Jan. (Tel.) Wie Sabas aus Hankow meldet, haben die Kruppen der Nationalregierung die Offensive auf der Linie Kientin-Yulan wieder aufgenommen. Sie rücken gegen Pengu, das Hauptquartier des ausländischen Generals Scha-Yu-San, vor. Zahlreiche Verbände treffen in Kwantung ein.

Die Anleihen für Reichspost und Reichsbahn

Die Verwendung der 400 Millionen

Aber die Verwendung der im Haag genehmigten 400 Millionen beklautet, daß etwa 250 Millionen Reichsmark der Reichsbahn und 150 Millionen Reichsmark der Reichspost zuzuführen sollen. Bei der Reichsbahn werden diese Mittel dazu dienen, den dringenden Bedarf der Vermögensrechnung sicherzustellen, der in den letzten Jahren infolge der mangelnden Emissionsmöglichkeiten nur ungenügend gedeckt werden konnte. Das herinkommende Geld wird also nur für solche Bauzwecke verwendet werden, die eine Vermehrung des Wertes mit sich bringen, während Unterhalts- und Erneuerungsbauten entsprechend den kaufmännischen Gepflogenheiten nach wie vor aus den laufenden Mitteln gedeckt werden. Ähnlich liegen die Pläne der Reichspost.

Die für die Reichsbahn dringende Entlastung der Betriebsrechnung bleibt auch nach Abschluß der Anleiheverhandlungen erstes Erfordernis. Es wird sich also in der nächsten Zeit darum handeln, durch eine Vereinfachung aus den Mitteln der Beförderungsteuer oder auf einem anderen Wege die Einnahmenseite so zu verbessern, daß eine Tarifierhöhung der Reichsbahn vermieden werden kann.

Die Schlußsitzung im Haag

Heute nachmittag

W.A. Haag, 20. Jan. (Tel.) Da die Verhandlungen des Komitees für Reparationen in der bis in die heutigen Morgenstunden verlängerten Nachsitzung noch nicht zum Abschluß gebracht werden konnten, ist die auf heute vormittag 10 Uhr 30 angesetzt gewesene öffentliche Schlußsitzung der Haager Konferenz auf den Nachmittag verlegt worden. Sie ist vorläufig auf 4 Uhr (holländischer Zeit) anberaumt worden. Da jedoch der Zug der deutschen Delegation, die bereits alle Vorbereitungen zur Abreise nach Berlin getroffen hat, um 6 Uhr 35 nachmittags aus dem Haag abgeht, bemüht sich die deutsche Delegation, den Zeitpunkt für die Eröffnung der Schlußsitzung um einige Stunden vorzuverlegen.

Nach einer weiteren Meldung wird die Schlußsitzung mit Rücksicht auf die deutschen Wünsche möglichst verkürzt werden. Es ist lediglich eine Rede des Vorsitzenden, Jaspars, vorgesehen, nach der namens der übrigen Konferenzteilnehmer der Schatzkanzler Snowden einige kurze Dankesworte sprechen wird. Bei dem außergewöhnlich großen Umfang des Aktenwesens und der großen Zahl zu leistender Unterschriften rechnet man jedoch mit einer ein- bis eineinhalbstündigen Dauer der Unterzeichnungsprozedur selbst, so daß die deutsche Delegation unmittelbar vom Konferenzgebäude zur Bahn eilen muß, um rechtzeitig abzureisen zu können.

Das zu unterzeichnende Abkommen umfaßt den „Neuen Plan“, der aus 15 Artikeln und bisher 12 Anzeigen besteht, weiter das gesonderte Mobilisierungsabkommen, außerdem ist das Schlußprotokoll zu unterzeichnen.

Das Konferenzgebäude ist im Hinblick auf die feierliche Zeremonie mit Fahnen geschmückt und feierlich hergerichtet.

Der Text der Mobilisierungsvereinbarung

Der offizielle Text der Mobilisierungsvereinbarung ist im Haag nunmehr veröffentlicht worden. In den wesentlichen Bestimmungen dieser 10 Punkte umfassenden Vereinbarung heißt es, daß die Gläubigerregierungen ihre Absicht erklären, sobald wie möglich zur Emission einer oder mehrerer Abschnitte von Reparationsanleiheverpflichtungen im Gesamtbetrag von 300 Millionen Dollar auf dem internationalen Markt schreiten werden. Es ist beabsichtigt, diese Emission vor dem 1. Oktober 1930 vorzunehmen.

Die deutsche Regierung erklärt, daß sie zu keiner Emission einer auswärtigen, langfristigen Anleihe vor dem 1. Oktober 1930 schreitet. Diese Verpflichtung erstreckt sich aber nicht über den 31. März 1931 hinaus. Sie bezieht sich auch auf die Reichspost und die Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft. Die deutsche Regierung behält sich ferner die Befugnis vor, an Mobilisierungsmaßnahmen über den oben erwähnten Betrag von 300 Millionen Dollar teilzunehmen. Der Dienst deutscher Anleihen wird gemeinschaftlich sichergestellt werden.

Zum Schluß heißt es dann: Wenn die deutsche Regierung erklärt hat, von der oben bezeichneten Befugnis Gebrauch machen zu wollen und danach die in Aussicht genommene Zusammenarbeit trotzdem nicht verwirklicht werden konnte, so erklären die beteiligten Regierungen, fest entschlossen zu sein, sie dennoch in die Tat umzusetzen, indem sie praktische Lösungen suchen, die dasselbe Ergebnis sicherstellen könnten.

Grundsätzliche Einigung über die Reparationen

In der Frage der Reparationen ist in der Abend Sitzung am Sonntag eine grundsätzliche Einigung erzielt worden. Die Einigung, die nach den Erfahrungen der letzten Tage noch immer nicht als perfekt angesehen werden kann, behandelt hauptsächlich die Forderungen an Ungarn.

Schatzkanzler Snowden hatte in einer Sitzung der Delegierten der fünf großen Mächte die Vertreter der Kleinen Entente und Ungarns mit seiner satirischen Junge geheitelt. Der Schatzkanzler erklärte im Verlaufe der Aussprache, anscheinend hätten die Vertreter der Kleinen Entente und Ungarns die Fragen seit 14 Tagen erörtert, aber nichts getan als geredet. Nach seiner Ansicht seien nur zwei Wege offen: Entweder die Verschiebung der Haager Konferenz bis zum jüngsten Gericht, oder der andere Weg, daß die in Betracht kommenden Mächte ohne Abmachung und Gehör eingeschlossen würden, bis sie zu einem übereinstimmenden gelangen. Im allgemeinen ziehe er den zweiten Weg vor, und schlage ihn vor.

W.A. Haag, 20. Jan. (Tel.) Aber die in der heute morgen fortgesetzten Sitzung des Komitees für Reparationen vorbereiteten Regelungen mit den verschiedenen osteuropäischen Ländern verlautet noch, daß die Tschechoslowakei für die Abgeltung ihrer Freiheitsschuld an Stelle der bisher 11 Millionen betragenden Annuität eine solche von nur 10 Millionen zugewilligt erhalten hat, während die Tschechoslowakei ferner mit einem Beitrag von 1 Prozent an der Aufbringung der osteuropäischen Reparationszahlungen beteiligt werden soll. Die Schwierigkeiten, die von der Tschechoslowakei einer Unterzeichnung des Haager Schlußprotokolls entgegengekehrt wurden, dürften hiermit beseitigt sein. Ebenso dürfte die zögernde Haltung, die Italien in letzter Stunde im Hinblick auf die nicht erzielte Regelung der tschechoslowakischen Frage eingenommen hatte, hierdurch hinfällig werden. Aber das mit Österreich erzielte Abkommen verlautet, daß es kurz vor der Paragrafierung steht. Auch die Schwierigkeiten, die sich bezüglich Bulgariens ergeben hatten, scheinen innerhalb weniger Stunden geklärt werden zu sollen.

Die Koblenkonferenz ergebnislos

Keine Einigung über die Arbeitszeit

Die Koblenkonferenz des Internationalen Arbeitsamts in Genf ist am Samstagabend geschlossen worden, ohne daß Beschlüsse über die beiden Hauptfragen, die Bemessung und die Berechnung der Arbeitszeit unter Tage, zustande kamen.

Sämtliche Anträge zu diesen beiden Fragen konnten eine Mehrheit nicht erlangen, auch das weitestgehende, von deutschen Regierungsvertretern eingebrachte Kompromiß, die Arbeitszeit zunächst auf 7½ Stunden festzusetzen und nach 2 Jahren durch eine neue technische Konferenz prüfen zu lassen, ob der Übergang auf 7½ Stunden möglich sei, wurde mit Stimmgleichheit bei Enthaltung des belgischen Regierungsvertreters abgelehnt. Über den deutschen Antrag zur Herausnahme der Braunkohlenindustrie war ein Kompromiß zustande gekommen, wonach die Entscheidung ausgesetzt und zunächst eine gründliche Untersuchung über die Braunkohlenfrage angestellt werden sollte.

Trotz des Misserfolgs erfuhr die Konferenz in ihrem Bericht an den Verwaltungsrat des Arbeitsamts darum, die Erörterung eines Abkommens über die Arbeitszeit in den Stein- und Kohlenruben auf die Tagesordnung der Arbeitskonferenz von 1930 zu setzen.

Finanzreform und kommunale Wirtschaft

Die Vorstände des Deutschen und Preussischen Städtebundes beschäftigten sich auf einer in Berlin abgehaltenen Tagung mit Fragen der Finanzreform. Über die Stellungnahme der Städtevertreter wird folgendes mitgeteilt:

Die Voraussetzungen für die Reichsfinanzreform sind in den letzten Wochen völlig verändert. Für jede Reform verlangen die Gemeinden, daß die Höhe der dringlichen Ausgaben auch für die Bemessung der Einnahmen in vollem Maße zugrunde gelegt werden muß. Dabei müssen sowohl im Interesse der Allgemeinheit als auch der Kommunen ausreichende bewegliche Einnahmefaktoren mit vorgesehen werden.

Der Vorstand befaßte sich weiter mit der wirtschaftlichen Betätigung der Gemeinden. Er war der Auffassung, daß die Universalität der Zuständigkeit, die die deutschen Gemeinden mehr als hundert Jahre besessen haben, auch jetzt in vollem Umfang aufrechterhalten werden müsse. Im Interesse der Konzentrierung wirtschaftlicher Arbeit werden für die gemeindliche wirtschaftliche Betätigung in erster Linie diejenigen Betriebe in Betracht kommen, bei denen der volkswirtschaftliche Nutzen für die Allgemeinheit größer ist als im Privatbetrieb. Die Versorgungs- und Verkehrsunternehmen sind auf alle Fälle in kommunalem Besitz und in voller Leistungsfähigkeit zu erhalten.

Der Haushalt

Der Reichswasserstraßenverwaltung

Der Reichsverkehrsminister hat u. a. zum Etat 1930 folgende Beträge angemeldet:

Für das Rheinstromgebiet insgesamt 12 413 000 M, darunter 5 Millionen Reichsmark für die Umkanalisierung des Untermain als 5. Teilbetrag, 4,04 Millionen Reichsmark für Beteiligung an der Nedar-WG, 2,4 Millionen Reichsmark als 1. Teilbetrag für die mit der Schweiz vereinbarte Regulierung des Rheins zwischen Straßburg/Rehl und Speyer, die insgesamt 50 Millionen Reichsmark erfordert, wovon 20 Millionen auf Deutschland entfallen, 0,4 Millionen Reichsmark für Brückenbauten als 4. Teilbetrag, den Rest für kleinere Maßnahmen.

Ein unzulässiger Beschluß. Vor einigen Wochen hat der Allgemeine Studentenausschuß der Technischen Hochschule München einen nationalsozialistischen Antrag auf Festsetzung des Numerus clausus für jüdische Studenten angenommen. Wie das „B. L.“ aus München meldet, hat der Senat der Technischen Hochschule jetzt diesen Beschluß für unzulässig erklärt und außer Kraft gesetzt.

Die Sprachenfrage in der Schweiz. In einem Artikel des Berner „Bund“ wird über ungleiche Behandlung der deutschen und der französischen Sprache in gewissen Gebieten der Bundesbahnen, der Post- und der Zollverwaltung geklagt und verlangt, daß die Sprachengrenze zugleich die Verwaltungsgrenze bilden solle.

Badisches Landestheater

Die Dreigroschenoper

In Szene gesetzt von Felix Baumach

Nach dem vorausgeschickten literarischen Vorbericht kann jetzt der Bericht über die von Felix Baumach geleitete Aufführung folgen. Es sei vorweggenommen, daß unser Oberregisseur damit einen seiner größten Erfolge erzielte. Die Inszenierung war trotz der zahlreichen Vorgänger originell, reich an Erfindung und in Wesen und Tempo dem Werke durchaus entsprechend. Sehr glücklich war der Gedanke, die szenischen Veränderungen alle auf offener, halbverdunkelter Bühne durch Späßen vornehmen zu lassen, denen ihre Mädchen in einem Fadelnanz zu ihrem geheimnisvollen Tun leuchteten. Um einiges nur von der Aufführung selbst hervorzuheben, sei die mitreißende Lebendigkeit der Wiedergabe des „Ranonenfangs“ erwähnt, oder die köstliche Opernsatire am Schluß des Werks. Was man sich allenfalls wirkungsvoller und lebendiger hätte denken können, waren die Szene im Drinnenhaus, die etwas allzu zahm geraten war, und Teile der Hochzeitszene, die unzulässigerweise die Person des Geistlichen gezeichnete, die unzulässigerweise die Person des Geistlichen gezeichnete hatte.

Zu dem großen Erfolg trugen natürlich auch die Darsteller reichlich bei. Hier übertrage vor allem Hermann Brand als Chef der Wirtlerplatte Readam, der in Maske, Ton und Bewegung äußerste Schärfe der Charakteristik zu dämonischer Wirkung steigerte. Brand hat bis jetzt meines Wissens nie eine größere Leistung vollbracht. Sein Readam ist „Prominenten“-Kunst. Hermine Ziegler bewährte sich als würdige Partnerin Frau Readam. Das besondere Talent der Künstlerin für groteske Gestaltung, die aber nie den Zusammenhang mit der Wirklichkeit verliert, ist bekannt und zugleich so wertvoll für das Ensemble unseres Schauspielers, daß es unverkennbar ist, wenn, wie das Gerücht geht, ihr gekündigt worden wäre, da sie in ihrer reichen Verwendbarkeit kaum ohne Verpflichtung einer neuen Darstellerin zu ersetzen sein dürfte. Elisabeth Bertram als beide Tochter Polly, die Braut des Banditenführers Macheat, fand sich überraschend gut mit ihrer schwierigen Rolle und wirkte bestrickend durch ihre Erscheinung, allerdings zu bestrickend, da ihr die notwendige Verderbtheit nicht gut zu glauben war. Das war auch der Fehler von Alfons Kloebe, der als Macheat, der Chef der Straßenbanditen, ruhig derber, verwegener und apathischer hätte erscheinen dürfen, dem aber andererseits gerne beistimmend werden soll, daß seine gut durchgearbeitete Darstellung den Gesamteindruck der Aufführung keineswegs störte. Sein Freund, der Polizeichef Brown von London, fand durch Erik Perz eine angemessene Vertretung. Ausgezeichnet wieder war Kelly Rademacher als seine Tochter Lucy; sie wirkte so echt, daß man eigentlich meinen sollte, sie würde mit

Erweiterung der württembergischen Regierung

Eintritt der Demokraten und der Deutschen Volkspartei

Der württembergische Staatspräsident hat — wie amtlich mitgeteilt wird — aus Anlaß der Erweiterung der Regierung den Justiz- und Wirtschaftsminister Dr. Becherle von seinem bisherigen Amt als Wirtschaftsminister entbunden und den Rechtsanwalt Dr. Reinhold Maier (Dem.) zum Wirtschaftsminister ernannt. Gleichzeitig hat das Staatsministerium den Schultheißen Rath (Deutsche Volksp.) in Lustnau, Mitglied des Landtags, zum ehrenamtlichen Beirat des Staatsministeriums mit der Amtsbezeichnung Staatsrat berufen. Württemberg hat damit eine sog. bürgerliche Regierung auf sehr breiter Grundlage, und man wird annehmen dürfen, daß auch die kleinen Parteien, wie der Christliche Volksdienst und die Volkrechtspartei, die Regierung unterstützen.

Ein Vertretertag der Deutschen Demokratischen Partei Württembergs und Hohenzollerns hatte sich für ein enges Zusammenarbeiten mit der Deutschen Volkspartei einmütig ausgesprochen. Dagegen ergab eine geheime Abstimmung über die Beteiligung an der Regierung, daß von 202 abgegebenen gültigen Stimmen 105 für Eintritten in die Regierung und 97 dagegen stimmten. Die demokratische Landtagsfraktion trat im Anschluß daran zu einer Fraktionsfraktion zusammen und erklärte sich damit einverstanden, daß Rechtsanwalt Dr. Reinhold Maier mit Staatspräsident Dr. Wolz darüber in Verhandlungen eintrete, auf welcher Grundlage er das Wirtschaftsministerium übernehmen könne.

Der deutsche Außenhandel 1929

Der deutsche Außenhandel im Dezember weist einen Ausfuhrüberschuß von 50 Mill. Reichsmark auf. Dieser Überschuß ist das Ergebnis eines stärkeren Fallens der Einfuhr. Während die Ausfuhr (1063,0 Mill. Reichsmark) nur um 90,6 Mill. Reichsmark abgenommen hat, ist die Einfuhr (1013,1 Mill. Reichsmark) um 147,9 Mill. Reichsmark zurückgegangen. Für den Rückgang der Einfuhr ist ausschlaggebend die Abnahme des Bezuges an Rohstoffen und halbfertigen Waren, die 124,7 Mill. Reichsmark betrug. An dem Rückgang der Lebensmitteleinfuhr um 4,8 Mill. Reichsmark sind namentlich Obst, Butter, Reis und Hülsenfrüchte beteiligt. Der Rückgang der Ausfuhr ist ganz überwiegend die Folge eines verminderten Auslandsabfahres von Fertigerwaren, wobei fast alle Industriezweige beteiligt sind. Auch Lebensmittel und Rohstoffe verzeichnen eine Abnahme der Ausfuhr.

Für das ganze Jahr 1929 schließt der deutsche Außenhandel mit einem Ausfuhrüberschuß in Höhe von 47,6 Mill. Reichsmark im reinen Warenverkehr des Spezialhandels ab. Die Gesamtausfuhr des Jahres 1929 beträgt 13 482,2 Mill. Reichsmark. Hiervon entfallen auf Reparationszahlungen 799,1 Mill. Reichsmark. Die Gesamteinfuhr beläuft sich auf 13 434,6 Mill. Reichsmark. Die Ausfuhrzahl entspricht nicht genau der Summe der monatlich veröffentlichten Zahlen. Nachprüfungen des Statistischen Reichsamts, die durch die Reform der Handelsstatistik erleichtert wurden, haben ergeben, daß die Anmeldebücher in der Grenzverwaltung für die Ausfuhr einführscheinberechtigter landwirtschaftlicher Erzeugnisse vielfach den Wert des Einfuhrscheins einbezogen haben. Erst ab November dieses Jahres hat das Statistische Reichsamt von den Exportfirmen in dieser Beziehung durchweg fehlerfreie Grenzvermerke erhalten können. Daher ist für die ersten 10 Monate des Jahres 1929 eine Korrektur der Ausfuhrwerte, die sich insgesamt für die an dem Einfuhrscheinvorfahren beteiligten Waren auf 31,2 Mill. Reichsmark beläuft, notwendig gewesen.

Der sächsische Arbeits- und Volksfahrtsminister Elsner hat sein Rücktrittsgesuch eingereicht.

Kommunistenrevue. In Dortmund versuchten Kommunisten, das Demonstrationsverbot zu umgehen, wurden aber von der Polizei zerstreut. Auch in Gumbinnen kam es zu einem Zusammenstoß zwischen Kommunisten und Polizei, welche letztere von der blauen Waffe Gebrauch machen mußte. Ähnliches wird aus Weußen berichtet.

Neue Kredite zur Durchführung der Prohibition. Nach stürmischen Auseinandersetzungen hat das amerikanische Repräsentantenhaus einen Kredit von 15 Millionen Dollar zur Durchführung der Prohibition im Jahre 1930/31 bewilligt.

mindestem Liebreiz die Rolle der Polly charakteristischer als Elisabeth Bertram darstellen. Die Bewertung der einzelnen Darsteller verlangt aber, daß auch rückhaltlos Lob ausgesprochen wird für die Art, wie sie sich des nicht leichten musikalischen Parts ihrer Rollen entledigten, in dieser besonderen Hinsicht verdienen vor allem Alfons Kloebe, Elisabeth Bertram und Hermann Brand unbedingte Anerkennung.

Auch die kleineren Rollen fanden durchweg geschickte, wirkungsvolle Wiedergabe, so daß bei der ausgezeichneten Regieführung und dem überaus sinnvollen Bühnenbild von Fortschritt der außergewöhnlich starke Erfolg der Aufführung nicht verwunderlich ist. Im Interesse der Sache unseres Landestheaters ist es nur zu bedauern, wenn die Dreigroschenoper in dieser vorzüglichen Einstudierung nicht über die geschlossene Miete des „Zeittheaters“ hinaus dem allgemeinen Spielplan eingefügt werden kann.

Prof. Dr. Karl Hoff.

Vom Standpunkt des praktischen Erfolges aus könnte die Wahl der Musik zu einem so bombastischeren Stoff, wie ihn nun einmal die „Dreigroschenoper“ bietet, durchaus gleichgültig erscheinen. Doch ist dem nicht so, denn gerade an den Stellen, wo die Stützpunkte der Handlung auf akustisches Gebiet gerückt werden, verschieben sich auch die künstlerischen Gewichte, und der für die Bedürfnisse des Publikums entscheidende Mechanismus der Wirkung wird absolut von einer bestimmten, wenn auch noch so rudimentär musikalischen Qualität abhängig. Wie wir es schon im Vorbericht angedeutet hatten, erfüllten denn auch bei der Erstaufführung Kurt Weills geschlossene Gesangsnummern vor allem ihren Zweck. Geschmeidig und wenig unter Weibehaltung der jenseitigen Grundstimmung sich dem allgemeinen Text einfügend, erhöhten sie doch wesentlich in ihrer charakteristischen Sprungstellung den burlesken Gesamteindruck. Josef Keilberth wußte vom Flügel aus die besonderen Werte der Partitur mit leichter und sehr geschickter Hand in Klang umzusetzen. Soweit Saxophon und Schlagzeug herangezogen wurden, hätte man sich zwar den erzielten Effekt noch um einige Jazzmusikfinessen bereichern denken können. Dagegen genügt die gefanglichen Partien für einen solch musikalischen Stoff vollaus, es war sogar reizvoll, wie die Vielblütigkeit einer ungeschulten Stimme (Elisabeth Bertram) zu starker Wirkung kam, und wie auch sonst unsere Schauspieltruppe sich in dem Song-Stil den Lumpenlustigen erstaunlich gut anpaßte. Die beabsichtigte Parodiefärbung trat daher in dem ganzen Spektakel so deutlich zutage, wie es nur je einer ordinären, aus hingeworfenen Fetzen bestehenden, aber von einem wahrhaften Teufelskerl verfertigten Musik gelingen konnte.

Warschauer Kundgebungen gegen das Ausgleichsabkommen

W.D. Warschau, 20. Jan. (Tel.). Gestern mittag fand hier in einem Saale des Rathhauses eine von nationalistischen Vereinen veranstaltete Kundgebung gegen das deutsch-polnische Ausgleichsabkommen statt, wobei u. a. der nationaldemokratische Abgeordnete und frühere Präsident des Polener Liquidierungsausschusses, Prof. Winowski, eine Rede hielt. Die Versammlung wählte nach Annahme einer entsprechenden Entschließung einen Ausschuß, der in der Öffentlichkeit gegen das Abkommen wirken soll. Ihm gehören einige bekannte nationaldemokratische Politiker an, wie Trompezniski, Szehda, Troncki und Szekelo.

Flugzeugkatastrophe in Kalifornien

16 Tote

W.D. Los Angeles, 20. Jan. (Tel.). Ein aus Mexiko zurückkehrendes Verkehrsflugzeug ist bei San Diego (Kalifornien) auf bisher unaufgeklärten Gründen in Flammen aufgegangen. Sämtliche 14 Passagiere sowie die beiden Flugzeugführer sind dabei ums Leben gekommen.

Die Ursache des Unglücks ist noch nicht geklärt, jedoch ist der Brand jedenfalls nicht erst als nachträgliche Folge eines Absturzes eingetreten. Das Flugzeug wollte anscheinend am Meerufer eine Notlandung vornehmen. Es hatte noch nicht auf dem Boden aufgesetzt, als eine Explosion erfolgte und der ganze Rumpf augenblicklich in Flammen stand. Gleich darauf bersteten die Wände des Bodens und der Propeller schoß wie eine Rakete brennend noch eine Strecke von 100 Meter über den Sand dahin. Drei der Insassen wurden dabei herausgeschleudert, die anderen vermochten sich nicht mehr aus dem brennenden Gefängnis zu befreien. Als man die Trümmer erreicht und die Flammen gelöscht hatte, fand man sie, zu einem entsetzlichen Anblick zusammengesprengt, in der Kabine. Die Identifizierung — es handelt sich zum größten Teil um in Los Angeles ansässige Personen — verläuft infolge des entsetzlichen Zustandes der Gebliebenen große Schwierigkeiten.

Von einem angeblichen Überfall auf den heftigen Minister Leuschner, der am Sonntag anlässlich der Einweihung eines von den Opelwerken errichteten Volkshauses in Müllersheim weilt, war berichtet worden. Dazu erzählt die „Frankfurter Zeitung“ daß der Inhalt der Meldung den Tatsachen nicht entspricht. Der ganze Tatbestand ist der, daß während der Feier aus dem unbemachten Wagen des Ministers zwei Mäntel gestohlen wurden, nachdem vorher die Fenster Scheiben des Wagens eingeschlagen worden waren.

Zur Savag-Angelegenheit wird aus Frankfurt a. M. gemeldet, daß die Auslieferung des vor einigen Monaten in Prag festgenommenen Direktors, Sauerbrech, voraussichtlich am 2. Februar d. J. erfolgen wird.

Am Sonntagmorgen ereignete sich bei Oberammergau ein schweres Unfallglück. Ein Auto sauste aus bisher unbekanntem Ursachen, sich überschlagend, plötzlich den Talschen Berg hinunter. Eine Dame wurde sofort getötet, einem Herrn sind beide Beine abgebrochen und der Chauffeur ist ebenfalls schwer verletzt.

Im zweiten Giftmischerprozess in Szolnok (Ungarn) wurde Frau Kardas des zweifachen Mordes an ihrem Ehemann und ihrem Sohn für schuldig befunden und zum Tode verurteilt. Die zweite Angeklagte wurde freigesprochen. Der Staatsanwalt hatte gegen beide Frauen die Todesstrafe beantragt.

Der französische Flieger Lemoigne ist am Sonntag bei Paris aufgestiegen, um den französischen Höhenrekord zu verbessern, den der Flieger Sadi Leroite mit 11 145 Meter aufgestellt hatte. Nach 2 Stunden 5 Minuten Flugdauer landete Lemoigne. Seine Paragraphe zeigte eine erreichte Höhe von 11 500 Meter.

Sieben Wochen in Seent war ein kleiner nur 126 Tonnen großer Küstenschiff. Das Schiff „Neptune II“ wurde von Neufundland vom Sturm über die ganze Breite des Ozeans verschlagen und an der Westküste von Schottland geborgen. Das Schiff trieb sieben Wochen, ohne daß die aus 5 Mann bestehende Besatzung feststellen konnte, wo sie sich befand.

Aus Chicago wird berichtet, daß infolge der strengen Kälte im mittleren Westen fast 20 Todesfälle gezählt worden sind. Durch Überschwemmungen sind in Arkansas 3000 Personen obdachlos geworden. Die Telegraphenleitungen waren längere Zeit außer Betrieb gesetzt.

Gastprofessur für Heidelberg. Wie das „Heidelb. Tagbl.“ erfährt, wird für den in nächster Zeit als Austauschprofessor an die California-Universität in Berkeley gehenden Heidelberger Anglisten Professor Dr. Hoops Professor Dr. S. J. E. Grierson aus Edinburgh im Sommersemester in Heidelberg lesen. Professor Grierson ist an der Universität Edinburgh Professor für englische Literatur und erfreut sich eines bedeutenden Rufes. Er wird in Heidelberg zwei Vorlesungsrunden halten, und zwar eine über Shakespeare, die andere über die bedeutendsten englischen Dichter vom Ende des 18. Jahrhunderts bis zur Gegenwart. Professor Hoops wird am Montag in acht Tagen nach Kalifornien abreisen.

Kündigungen am Freiburger Stadttheater. Auch das Freiburger Stadttheater hat eine Reihe von Verträgen, die in diesem Jahre ablaufen, nicht wieder erneuert, in anderen Fällen die Verträge nur erneuert nach Sagerreduktion, und wo Kündigungen ausgesprochen werden mußten, gekündigt. In welchem Umfang die Einsparungen stattfinden werden, ist zur Zeit noch nicht bekannt. Jedenfalls erstrecken sie sich auf Oper- und Schauspielpersonal in gleicher Weise; auch der Chor ist davon betroffen worden.

Ein Heimatspiel in Staufen i. Bg. Der vom Junifest in Staufen i. Bg. im Jahre 1927 her rühmlichst bekannte Verfasser des „Echt im Staufen“, Hermann Aps, hat ein weiteres Stück, „Jaus' Lob in Staufen“, geschrieben. Das Stück soll im kommenden Sommer als Heimatspiel hier aufgeführt werden. Die Handlung spielt sich ab auf dem Marktplatz mit dem Löwen, dem Sterbehäus von Dr. Jaus, und soll auch dort gespielt werden, eventuell auch auf der Burg Staufen als Freilichtspiel. Der Bürgerausschuß genehmigte die vorläufige Finanzierung des Unternehmens und die Deduktion eines etwaigen Fehlbetrages. Die Erstaufführung soll im Mai anlässlich der Landesversammlung des Badischen Schwarzwaldbereichs erfolgen. Die Regie wird Oberregisseur Schäfer, der auch die Dreifacher Festspiele leitete, übernehmen.

Kündigungen am Hessischen Landestheater. Wie aus Darmstadt gemeldet wird, wird sämtlichen Angestellten des Hessischen Landestheaters zum Ablauf der gegenwärtigen Spielzeit gekündigt werden.

6. Juli Beginn der Speyerer Domfeier. Wie verlautet, wird die Festwoche anlässlich der 900-Jahr-Feier des Speyerer Domes voraussichtlich am 6. Juli mit der feierlichen Aufrihtung des neuen Marienbildes eröffnet werden. Das Gnadenbild wird voraussichtlich vom Papst in Rom geweiht werden. Ein Besuch des Papstes dürfte allerdings kaum in Frage kommen.

Badischer Teil

Die Bürgerschaft Badens für die landwirtschaftlichen Genossenschaften

Eine Denkschrift des badischen Innenministers

In dieser Woche werden Haushaltsausgleich und Landtag sich mit einer Denkschrift des Innenministers über die Bürgerschaft des badischen Staates anlässlich der Verschmelzung der landwirtschaftlichen Genossenschaften zu beschäftigen haben.

In der Denkschrift wird einleitend die allgemeine Notlage der Landwirtschaft behandelt. Mit den Mitteln des Zollschutzes und der Änderung der Handelsverträge allein sei eine durchgreifende Änderung der Verhältnisse nicht zu erzielen. Es werde vielmehr alles darauf ankommen, in welchem Ausmaße die Landwirtschaft von den Mitteln der Selbsthilfe Gebrauch mache. Diese zu fördern und zu ermöglichen, sei Aufgabe des Staates. Die Denkschrift bespricht dann die genossenschaftliche Zersplitterung in Baden in den beiden letzten Jahrzehnten. Dieser Zersplitterung sollte durch die Verschmelzung der Karlsruher und Freiburger Genossenschaftsorganisationen ein Ende gemacht werden. Aus der Durchführung dieser Verschmelzung können der badischen Landwirtschaft jährlich in die Millionen gehende Beträge geflößt bzw. zugeführt werden.

Aus eigenen Kräften wäre es bei der heutigen Lage der Landwirtschaft und den derzeitigen wirtschaftlichen Verhältnissen den beiden Organisationen, die im November 1929 einer Verschmelzung zugestimmt haben, nicht möglich, eine solche auf gefunder Grundlage herbeizuführen. Die Reichsregierung, die Rentenbankkreditanstalt und die Kreuhsche Zentralgenossenschaftskasse, hätten in erfreulicher Weise sehr erhebliche Mittel in Aussicht gestellt. Der Zustand der völligen finanziellen Bereinigung der neuen Institute könne nach Ansicht der in Betracht kommenden Kreise als erreicht gelten. Der neuen Leistung der Badischen Bauernbank sei es jedoch in der kurzen zur Verfügung stehenden Zeit nicht möglich gewesen, alle Forderungen reiflos einzutreiben, aus denen bei vorsichtiger Beurteilung noch irgendwelche Verluste möglich seien. Die Kreuhsche Zentralgenossenschaftskasse in Berlin habe sich bereit erklärt, einen entsprechenden Überbrückungskredit zu geben, unter der Voraussetzung, daß der badische Staat die Ausfallbürgschaft für 500 000 M übernehme. Die Generalversammlung der Badischen Landwirtschaftsbank habe jedoch den Beschluß gefaßt, der Verschmelzung nur zuzustimmen, wenn der badische Staat die Ausfallbürgschaft für einen Betrag bis zu 900 000 M übernimmt. Die Abwicklung der sonstigen Debitoren sei bis jetzt günstig verlaufen, so daß wohl mehrere 100 000 M Rückstellungen erspart werden könnten, wodurch die Bürgschaftssumme sich entsprechend verringern würde.

Nachdem für die Verschmelzung der beiden Verbände und der beiden Warenanstalten alle Voraussetzungen erfüllt seien, hänge das gesamte Einigungswerk lediglich von der Übernahme der Staatsbürgerschaft ab.

Verhaftung des nationalsozialistischen Blattes „Der Führer“

Auf Antrag der Staatsanwaltschaft hat das Amtsgericht Karlsruhe die Verhaftung der Samstagsnummer der nationalsozialistischen Wochenschrift „Der Führer“ verfügt. Das Blatt brachte unter der Überschrift „Vogelfrei“ einen Artikel, der sich mit den Verhandlungen des Landtages über die Aufhebung der Immunität des nationalsozialistischen Abg. Wagner beschäftigte. Es wird darin eine Beleidigung des Landtags erblickt.

Reichsgründungsfeier in Heidelberg und Freiburg

Die Reichsgründungsfeier der Heidelberger Universität fand am Samstag im Rahmen eines adamen Festalles statt. Die Festrede hielt der Botaniker der Universität, Prof. Dr. Jost, der in Anlehnung an sein Wissensgebiet die Entstehung einiger großer naturwissenschaftlichen Entdeckungen, die Wege, die zu ihnen führten, und ihre fernere Ausarbeitung behandelte. Gestützt auf die großen Erfolge der deutschen Wissenschaft könne man optimistisch in die Zukunft Deutschlands schauen. In Vertretung des Rektors, der auf Einladung des Reichspräsidenten an dem Abschiedsessen für Reichsminister Schulman in Berlin teilnahm, brachte Rektor Professor Dr. Dibelius das Hoch auf das Reich und den Reichspräsidenten aus. Die Feier wurde eingeleitet und beschlossen durch Musikvortrage des städtischen Orchesters unter Leitung von Universitätsmusikdirektor Dr. Poppen.

Die Universität Freiburg feierte die Erinnerung an die Reichsgründungsfeier Samstag vormittag durch einen Festakt, an dem Vertreter staatlicher und städtischer Behörden, der Lehrkörper der Universität und die Studentenschaft nebst geladenen Gästen teilnahmen. Die Festrede wurde von Professor von Müllendorff gehalten, der sehr eingehend Ausführungen über das Einzelwesen, die Familie und den Staat machte. Die Feier, die mit musikalischen Vorträgen eingeleitet, wurde mit dem Deutschlandlied beendet.

In der Lehrerbildungsanstalt Karlsruhe vereinigte, am Samstag eine vaterländische Gedenkstunde — in Anwesenheit des Vertreters der Regierung, Oberregierungsrat Fäßl — Dogen und Hörerschaft im Festsaal der Anstalt. Ein vom Orchester der Studentenschaft unter Studienrat Jung vorgetragener Symphoniefest von Beethoven schuf starke Stimmung und Weisheit. Der gemischte Chor, unter Studienrat Kahner, sang unter Begleitung der Orgel (Musiklehrer Kumpf) eine polyphone Bearbeitung der allerbekanntesten Weise „Wir treten zum Beten“ von Julius Königen. Die Rede hatte Studienrat Kahner übernommen. Er sprach über den Anteil des deutschen Volkes an den Freiheits- und Einheitsbestrebungen des deutschen Volkes im verflochtenen Jahrhundert, und berragte in seinen Ausführungen in eindrucksvoller Weise aufzuzeigen, wie das Volkstied und das volkstümliche Lied aus dem stillen Wirkungsreich, den es für die Eingeseelte besitzt, in Zeiten der Not herausrat, auf den großen Plan des Volksgeschehens so historische Bedeutung gewann. Das gemeinsam gesungene Deutschlandlied einte zum Schluß Herzen und Stimmen der Festteilnehmer.

Aus den Parteien

Im Hotel Kopf in Freiburg fand am Sonntag eine kommunalpolitische Landestagung statt, die vom kommunalpolitischen Ausschuß der Sozialdemokratischen Partei Badens einberufen wurde. Die Tagung war überaus zahlreich von Vertretern aus allen badischen Landesteilen besucht. Reichstagsabgeordneter Stefan Maier (Freiburg) sprach über die Finanzreform und ihre Auswirkung auf die Gemeinden. Reichstagsabgeordneter Stelling (Berlin) referierte über die Arbeiten der Sozialdemokratie auf dem Rathaus. In einer Resolution wird für die Erhaltung und den Ausbau der kommunalen Selbstverwaltung eingetreten und ein gerechter Finanzausgleich gefordert. In einer weiteren Entschließung wurde sich die Tagung gegen die finanzielle Erdrückung der Gemeinden, wie sie seitens Dr. Schacht und gewisser Industriellen befürwortet werde, sowie gegen die Veruche der Industrie, Einfluß auf die kommunalen Werte zu erhalten.

Auf der Reichsgründungsfeier der Deutschen Volkspartei, Ortsverein Karlsruhe, führte Oberregierungsrat Bauer im Verlaufe seiner Rede aus, daß die Liberale Arbeitsgemeinschaft zwischen Deutscher Volkspartei und Demokratischer Partei noch durch ein Zusammengehen mit anderen liberalen Parteien erwünscht sei. Er hoffe, daß sich schon bei den Gemeindevahlen im Herbst Gelegenheit bieten würde, das Zusammengehen praktisch werden zu lassen.

Urteil im Heidelberger Landfriedensbruchprozess

In dem Landfriedensbruchprozess in Heidelberg wurde am Samstag das Urteil gefällt. Die Vernehmung der Angeklagten ergab, daß die meisten an der ganzen Schlägerei nicht beteiligt gewesen sein wollten. Jene, die geständig sind, wollten lediglich ihren Genossen zu Hilfe eilen. Sämtliche Zeugenaussagen waren den Angeklagten aber nicht günstig. Sie gingen dahin, daß die Kommunisten die Angegriffenen waren. Bei drei Angeklagten sagten Zeugen aus, daß sie nicht dabei waren. In seinem Plädoyer verurteilte der Staatsanwalt besonders, daß Mädchen angegriffen und geschlagen wurden und bezeichnete dies als eine Brutalität. Gegen den Mordführer Jöbe beantragte er 1 Jahr Gefängnis, gegen drei Angeklagte Gefängnisstrafen von 6 bis 10 Monaten, in weiteren drei Fällen stellte er die Verurteilung in das Ermessen des Gerichts. Für die übrigen zwei Angeklagten beantragte er Freispruch.

Wegen Landfriedensbruch wurde Jöbe zu 7 Monaten Gefängnis, abzüglich 3 Monaten Untersuchungshaft, verurteilt, Berg ebenfalls zu 7 Monaten Gefängnis. Die Angeklagten Döschl und Ulmrich zu 6 Monaten, Unold zu 3 Monaten, Eise Frank zu 1 Monat Gefängnis. Bei den vier letztgenannten Verurteilten wurde Bewährungsfrist gewährt. Die übrigen Angeklagten, Monath, Waldmann und Förster, wurden mangels ausreichender Beweise freigesprochen, während Ader und Eber freigesprochen worden sind, weil sich das Gericht von ihrer Unschuld überzeugen konnte.

Tagung des südwestdeutschen Holzgewerbes

Am Donnerstag fand in Waldbühl eine sehr stark besuchte Versammlung des südwestdeutschen Holzgewerbes statt, welche die Aufmerksamkeit der maßgebenden Stellen auf die Wirtschaftsschwierigkeiten hinweisen sollte.

Nach der Eröffnung der Versammlung durch Sägewerksbesitzer Meyer, Lorrach, gab Geschäftsführer Gerzel, Freiburg, ein Bild von den Ursachen der wirtschaftlichen Notlage, die zum großen Teil in den ungünstigen Zollabmachungen mit der Schweiz liegt. Während die deutschen Rundhölzer nur einem niedrigen Zollansatz in der Schweiz unterliegen, sind die deutschen Mittelholzerwerke mit einem sehr hohen Zoll belastet. Die Folge ist, daß fast sämtliche Rundhölzer aus dem Gebiete des Schwarzwaldes nach der Schweiz abwandern, wodurch die deutschen Sägewerke sehr an Beschäftigung verlieren, so daß ein großer Teil in den letzten Tagen stillgelegt werden mußte. Die Ausfuhr von Rundhölzern nach der Schweiz ist jährlich um rund 30 000 Festmeter gestiegen, während die Ausfuhr von Schnittware, die vor dem Kriege etwa 50 Prozent der deutschen Schnittwareausfuhr ausmachte, in der letzten Zeit auf 17 Prozent gesunken ist. Auch die Frachtpolitik der Reichsbahn sei schuld an den Schwierigkeiten. Verlangt werden müsse Jollermafassung mit der Schweiz, eventuell sollen Rückvergütungen aus dem Grenzlandfonds dem Holzgewerbe gemacht werden, auch die Waldbesitzer müßten besser entgegenkommen. In einer Resolution wurde nochmals die Notlage dargelegt, und die Regierung auf die Maßnahmen hingewiesen, die zur Vinderung beitragen sollen. Es wurde eine besondere Kommission eingesetzt. Eine Spezialkommission wird auch den engeren Zusammenschluß des ganzen Holzgewerbes, namentlich auf dem Gebiete des Ein- und Verkaufs vornehmen.

Aus der Landeshauptstadt

Aus dem Tätigkeitsbericht der Karlsruher Kriminalpolizei

Im Jahre 1929 sind der Karlsruher Kriminalpolizei 4829 Anzeigen über Eigentumsverbrechen und -vergehen erstattet worden, also täglich etwa 13 Anzeigen. Die Kriminalität der badischen Landeshauptstadt hat damit gegenüber dem Vorjahre eine nicht unerhebliche Erhöhung erfahren. Tief bedauerlich ist es, daß jugendliche Personen im Alter zwischen 16 und 23 Jahren in unüberhältnismäßig großer Zahl gegenüber früheren Jahren Diebstähle, Einbrüche und Raubüberfälle verüben. Erwerbslosigkeit, mangelhafte Erziehung, schlechtes Beispiel und Vergnügungssucht sind wohl die Hauptmomente, die die Jugend auf die schiefe Ebene bringen. Bemerkenswert ist, daß sich unter den Anzeigen wegen Eigentumsdelikten 449 Anzeigen über abhandelngekommene Fahrräder befinden, von denen 311 den Eigentümern wieder zugestellt werden konnten. Eine Zunahme haben die Diebstähle, Transportverführungen und Selbsttötung erfahren.

Das alte Bahnhofsgelände. Wie gemeldet, haben die Verhandlungen zwischen der Reichsbahnverwaltung und der Stadt zu einer grundsätzlichen Einigung für den Verkauf des Bahnhofsgeländes und die Höhe des Kaufpreises geführt. Das zwischen der Kriegsstraße und der Baumeisterstraße liegende Gelände soll zu neuen Straßenplanungen benutzt werden. Die früher als Bahnhofshalle dienende Halle wird vermutlich zu einer Markthalle ausgebaut werden.

Badische Lustspiele — Konzerthaus. Welch großer Beliebtheit sich der Schneeschuhspott erfreut, erweist man daraus, daß der herrliche Winterportfilm „Wunder des Schneeschuhspotts“ seit einigen Tagen einen recht erfreulichen Besuch aufzuweisen hat, ja sogar Veranlassung gab, seine Vorführung zu verlängern. Viele der Besucher, die diesem gesunden Sport noch fernstehen, können sich hier ein Bild machen von der Winterpracht der Berge, aber auch von der Mühseligkeit der Schneeschuhläufer. Eine spannende Handlung ist in dem Film eingeschlossen. Der bekannte Meisterschaftsfahrer Hannes Schneider, der bereits in mehreren Filmen mitwirkte, stellt einen Fuchs dar. Eine ganze Reihe hervorragender Läufer werden nun losgelassen, um den Fuchs zu fuchen, wobei es natürlich an humorvollen Szenen nicht fehlt, bis er endlich gestellt wird. Wer diesen Naturfilm besucht hat, geht um ein schönes Erlebnis bereichert nach Hause.

Ein unrühiger Sonntag. Die hiesige Polizei mußte über Sonntag in 15 Fällen wegen groben Unfugs, zum Teil recht erheblicher Art, einschreiten. — Eine aufregende Szene gab es am Sonntagabend im Altbahnhofsraum, wo ein Fahrgast, der wegen Verunreinigung eines Abteils das übliche Scherzlein entrichtete, so tobte, daß die Bahnbeamten den Natraz herbeiholten. — Eine politische Schlägerei, die gestern Abend in der Gottesauer Straße zwischen Nationalsozialisten und Andersgesinnten auszubringen drohte, konnte im letzten Augenblick von der Polizei verhindert werden. Den Anlaß zu der Keiberei hatte ein Wechner gegeben, der zwei vorübergehende Nationalsozialisten beschimpfte.

Vermißt. Am Sonntagvormittag fand ein Arbeiter im Walde in der Nähe der Mündung des Altrheins in Rappentwörth die Kleider und die Briefmappe eines Mannes. Das Landespolizeiamt stellte fest, daß es sich um einen verheirateten Beamten von hier handelt, der seit dem 17. d. M. vermißt wurde. Es ist anzunehmen, daß er sich ein Leid angetan hat.

Badisches Landestheater. Die erste Wiederholung der mit außerordentlich starkem Beifall aufgenommenen „Dreigroschenoper“ von Bert Brecht und Kurt Weill findet als zweite Aufführung des Werks im Rahmen der Sondermiete „Zeittheater“ am Montag, dem 20. Januar, statt. — Am Dienstag, dem 21. Januar, gelangt durch das Berliner Gastspiel-Ensemble der Frau Nady Christians das Schauspiel „Gard“ von Henry Bernstein zur ersten und einmaligen Aufführung. Nady Christians spielt die Rolle der Helene Brechebel, Ernst Deutsch den Robert von Chacero, Hans Junkermann den Baron Lebourg. — Für die „Volksbühne“ geht am Freitag, dem 24. Januar, Goethes „Faust“, 2. Teil, in Szene, und am Samstag, dem 25. Januar, wird als Klassiker-Neueinführung Goethes Schauspiel „Torquato Tasso“ nach mehrjähriger Pause zum erstenmal wieder im Spielplan erscheinen. Im Städtischen Konzerthaus erfolgt am Sonntag, dem 26. Januar, die Eröffnung der Komödie „... Vater sein dagegen sehr!“ von Eward Childs Carpenter, für die deutsche Bühne bearbeitet von Eil-Vara.

Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte, Karlsruhe. Unter dem Einfluß des über Südosteuropa liegenden hohen Druckes behielten wir die meist heitere und trodene Witterung, deren Temperaturen in der Ebene durch Ein- und Ausstrahlung bestimmt werden. In der Höhe herrscht sehr starke Temperaturkehr (Feldberg heute früh +8 Grad). Die atlantischen Zyklogen ziehen wie bisher nach Nordosten ab. Auch die nächste wird vorberhand noch keinen Einfluß auf unsere Witterung annehmen. Später werden doch die weiter südlich ziehenden Depressionen unser Gebiet wieder erfassen. Wetterausichten: Fortdauer des meist heiteren und trodenen Wetters, in der Ebene Nachfröste und vielfach Morgenebel, tagsüber mild, Gebirge in Höchstlagen Temperaturkehr.

Gemeinderundschau

Bürgermeisterwahlen. Um den freien Bürgermeisterposten in Waldbühl haben sich bis zum 15. Januar, dem Stichtag, 32 Bewerber gemeldet, darunter ein Waldtüner. Das Zentrum hat als stärkste Partei einen Verwaltungsbekannt aus dem mittleren Verwaltungsdienst festgelegt. — In Neuzingen (Amt Bruchsal) stimmten etwa 88 Proz. der Wahlberechtigten ab. Möbelfabrikant Theodor Neudek wurde mit 413 Stimmen zum Bürgermeister gewählt. Karl Rößler erhielt 135 und Karl Gundelfinger 235 Stimmen. — In Malsch (bei Ettlingen) wurde im dritten Wahlgang der Sparkassenrechner Karl Wehler fast einstimmig zum Ortsvorstand gewählt. Wehler hat die hiesige Sparkasse 29 Jahre lang verwaltet. — In Füllentadt (Amt Neustadt) wurde Landwirt und Altbürgermeister Otto Gut mit großer Stimmenmehrheit gewählt.

Kurze Nachrichten aus Baden

Bl. Durlach, 20. Jan. Am Freitagmittag wurde die 76 Jahre alte Witwe L. K. aus Durlach in ihrem Gemach „Greite Gasse“ gelegenen Garten in der Tauchgrube ertrunken aufgefunden. Ob ein Unglücksfall oder Verbrechen vorliegt, konnte bis zur Stunde noch nicht geklärt werden.

D3. Freiburg, 19. Jan. Der Elferat der Freiburger Großen Karnevalsgesellschaft sieht mit Rücksicht auf die Verhältnisse ein karnevalistisches Programm in den allerengsten Grenzen vor. Geplant sind nur am 1. Februar der traditionelle Bürgerball in der Festhalle und am 19. Februar der Rappenabend.

D3. Vom Feldberg, 19. Jan. Auf dem Feldberg landete heute mittag gegen 1/2 Uhr ein von Württemberg kommendes Sportflugzeug. Die nicht einfache Landung erfolgte beim Mittelbuck und vollzog sich überraschend gut. Dem Flugzeug entfielen der Pilot und zwei Fluggäste, die sich darauf zum Feldbergturn begaben. Gegen 1/4 Uhr nachmittags startete das Flugzeug wieder zum Rückflug. Es ist das erstmal seit dem Kriege, daß wieder ein Flugzeug dem Feldberg einen Besuch abgestattet hat.

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

	18. Januar	19. Januar
Amsterdam 100 G.	167.94	168.28
Kopenhagen 100 Kr.	111.87	112.09
Italien . . . 100 L.	21.87	21.91
London . . . 1 Pf.	20.346	20.356
New York . . . 1 D.	4.1800	4.1880
Paris . . . 100 Fr.	16.415	16.425
Schweiz . . . 100 Fr.	80.76	80.92
Wien 100 Schilling	58.79	58.91
Brag . . . 100 Kr.	12.366	12.386

Der Verkehr in den badischen Rheinhäfen 1929. Der Gesamtverkehr in den Mannheimer Häfen im Jahre 1929 betrug ohne den Umschlag von Schiff zu Schiff 5 489 418 Tonnen, 1928 5 390 000 Tonnen. Die Zunahme beziffert sich also auf rund 100 000 Tonnen. In erster Linie hat der Kohlenverkehr zugenommen, wohl eine Folge des letztjährigen außerordentlich strengen Winters. In Karlsruhe stehen sich die Jahre 1929 und 1928 mit 2 335 000 und 2 160 000 Tonnen gegenüber; das Plus beträgt also über 170 000 Tonnen. In Rehl ist der Verkehrszuwachs absolut und erst recht relativ noch größer: 1 277 000 Tonnen gegen 945 000 Tonnen.

Die Badische Maschinenfabrik Durlach hat mit den Vereinigten Schmirgel- und Maschinenfabriken AG., Hannover-Gainholz, ein Abereinommen getroffen, wonach diese ameds stärkerer Konzentration und Vereinheitlichung ihres Arbeitsprogramms den Fabrikationszweig „Gehereimaschinen“ auf gibt und auf die Badische Maschinenfabrik überträgt. Letztere war bisher schon führend auf diesem Gebiet. Sie erfährt durch dieses Abereinommen eine wertvolle Erweiterung ihrer Absatzmöglichkeit und eine Ergänzung ihrer Konstruktionen. Der Vorgang ist ein interessantes Beispiel zielbewusster Rationalisierung durch Vereinheitlichung der Arbeitsgebiete.

Die Änderung des Tabaksteuergesetzes. Durch Gesetz zur Änderung des Tabaksteuergesetzes vom 22. Dezember 1929 sind die auf Tabak und Zigaretten liegenden Steuern erhöht worden. Artikel 5 des Gesetzes sieht vor, daß die Reichsregierung Maßnahmen treffen soll, um eine wesentliche Erhöhung der Kleinhandelspreise und eine unbillige Beschränkung des Handelschubes bei Zigaretten auszuschließen. Es hatte daher das Reichswirtschaftsministerium nach einigen vorbereitenden Einzelbesprechungen mit Vertretern von Industrie und Handel zu einer gemeinschaftlichen Besprechung der zahlreichen Streitpunkte nach Berlin eingeladen, die zwischen den Hauptpunkten der Zigarettenwirtschaft bestehen. Eine vollständige Klärung der Verhältnisse hat sich trotz der ausgedehnten Aussprache noch nicht ergeben. Es ist daher ein Arbeitsausschuß gebildet worden, in dem die offen gebliebenen Fragen tunlichst rasch gelöst werden sollen, damit eine Regelung gefunden werden kann, die einen möglichst großen Teil der Zigarettenwirtschaft befriedigt.

Die Nord-Niederlassung in Köln. Wie das „B. Z.“ erfährt, ist der Vertrag über die viel umstrittene Kölner Nord-Niederlage mit der Stadt Köln jetzt endgültig geschlossen. Die Ausführung der Bauten wird nur Kölner Firmen übertragen.

Drohende Lahmlegung der Bautätigkeit

Die Bauwirtschaft steht vor ihrer großen Winterpause. Die Bautätigkeit war schon in den letzten Monaten fast überall stark rückgängig. Ob die Zahl der im Jahre 1930 fertiggestellten Wohnungen nennenswert größer ist als im vorangegangenen, läßt sich heute noch nicht übersehen. Nach einer statistischen Zählung betrug der Neuzugang an Wohnungen in den Groß- und Mittelstädten während der Monate Januar bis Oktober 1929 98 319 gegen 96 362 in der gleichen Zeit des vorangegangenen Jahres.

Für das Baujahr 1930 liegen die Aussichten wesentlich ungünstiger als vor einem Jahre. Die Finanznot der Gemeinden wird zunächst zur Folge haben, daß die geplanten kommunalen Bauten erheblich eingeschränkt werden. Beispielsgebend sind hier die in der Reichshauptstadt getroffenen Maßnahmen, die nach Feststellung des Berliner Stadtkammerers allein für die Berliner Bauwirtschaft einen Ausfall von fast 70 Millionen Reichsmark mit sich bringen werden. Allerdings beziehen sich diese Zahlen in der Hauptsache auf Berliner kommunale Bauten, also z. B. Straßenbau, Untergrundbahnbau usw. Der Wohnungsbau, der bekanntlich in erster Linie durch die Hauszinssteuer finanziert wird, erscheint zunächst weniger bedroht. Allerdings wird man annehmen müssen, daß die in höchster Bedrängnis befindlichen Kommunen bei ihren Sparmaßnahmen schließlich letzten Endes auch an dem Wohnungsbau nicht vorübergehen werden, insbesondere an dem zusätzlichen Teil der Wohnungsbauten, für den sich aus dem Hauszinssteuertauskommen eine Verpflichtung nicht ergibt. Dazu kommt aber, daß die Erträge der Hauszinssteuer allein zur Durchführung der Wohnungsbauten nicht genügen, wenn nicht die notwendigen erstklassigen Hypotheken am freien Geldmarkt beschafft werden können. Dieser Verzicht aber gegenwärtig vollkommen. Schuld daran ist vor allem der mangelnde Absatz an Pfandbriefen. Die Realreditinstitute, insbesondere die Hypothekenbanken, geben die erstklassigen Hypotheken für den Wohnungsbau in der Regel aus dem Erlös der verkauften Pfandbriefe. Der Pfandbriefabsatz aber ist in den letzten Monaten außerordentlich stark zurückgegangen. Er betrug in den ersten 11 Monaten des Jahres 1929 nur 62,5 Prozent des Vorjahresabsatzes, wie eine kürzlich veröffentlichte Statistik der Wodentreditinstitute zeigt. Anstatt der 1320 Millionen Reichsmark Pfandbriefe auf Grund privater Hypotheken, die in den Monaten Januar bis November 1928 abgesetzt worden sind, konnten in dem gleichen Zeitraum 1929 nur für 538 Millionen Reichsmark solche Pfandbriefe verkauft werden. Vollkommen verfehlt hat der Pfandbriefabsatz nach dem Ausland, der nur noch 6 Millionen Reichsmark einbrachte; aber auch der inländische Pfandbriefabsatz ist um 45 Prozent zurückgegangen.

Die Frage ist nun freilich, ob hierin die ersten Monate des neuen Jahres, in denen teilweise schon das Kapital für das Baujahr 1930 aufgebracht oder sichergestellt werden muß, in dieser Hinsicht eine Besserung bringen werden. Einige Ausläufer dazu sind freilich vorhanden, insbesondere, wenn die erwartete Senkung des Reichsbankdiskonts 1. sehr bald kommt, und wenn ferner durch die Befreiung der festverzinslichen Ba-

piere von der Kapitalertragsteuer der Pfandbriefabsatz einen stärkeren Antriebsimpuls empfängt. Es wäre möglich, daß außerdem in einigen Monaten aus ausländische Geldgeber wieder erhöhtes Interesse für den Kauf deutscher Pfandbriefe zeigen.

Aber das alles sind zunächst noch Zukunftsfragen. Geht man von dem gegenwärtigen Zustande des deutschen Geldmarkts und der deutschen Kommunalfinanzien aus, so wird man dem Wohnungsbau für das kommende Jahr kein sehr günstiges Horoskop stellen können. In einer Eingabe der Freien Gewerkschaften ist kürzlich gefordert worden, daß den Sparkassen die Verpflichtung auferlegt werden soll, einen größeren Teil ihres Einlagenbestandes als die jetzt vorgeschriebenen 40 Proz. für den Wohnungsbau zu verwenden, zum mindesten soweit der künftige Einlagenzuwachs in Frage kommt. In gleicher Weise sollen auch die Sozialversicherungsanstalten, die Privatversicherungsinstitute usw. angehalten werden, durch Vermehrung der Anlagen in ersten Hypotheken und Pfandbriefen mehr als bisher zur Finanzierung des Wohnungsbaues mitzuhelfen. Aber hierbei ist offenbar nicht genügend berücksichtigt, daß insbesondere die Einlagenbestände der Sparkassen heute vielfach herangezogen werden müssen, um dringende Geldbedürfnisse der Gemeinden, insbesondere gleichfalls für Bauzwecke, zu befriedigen.

Auf allen diesen Gebieten stoßen sich die Dinge gegenwärtig sehr hart im Raum, und da die allgemeine Kapitalbede in Deutschland viel zu kurz ist, hilft es meistens nichts, wenn man versucht, sie durch Zwangsmaßnahmen bald nach der einen, bald nach der anderen Seite hinzuziehen. Es bleiben dadurch eben schließlich nur andere wichtige Teile der Wirtschaft ohne die notwendige Kapitalbede. Entscheidend für das Schicksal des Baumarkts im Jahre 1930 kann nur die Frage sein, ob es gelingen wird, den allgemeinen Kapitalmarkt in Deutschland wesentlich zu vergrößern, sei es durch Förderung der inländischen Kapitalbildung, oder sei es durch verstärkte Heranziehung von ausländischem Kapital. Der deutsche Baumarkt befindet sich heute mehr denn je in absoluter Abhängigkeit vom Geld- und Kapitalmarkt.

Die „Bayerische Industrie- und Handelszeitung“ (Süddeutsche Wirtschaftszeitung) hat in diesem Jahr ihren 60. Jahrgang begonnen, und aus diesem Anlaß eine reichhaltige Nummer herausgebracht, welche u. a. folgende Themen behandelt: „Die heimische Industrie“, „Wohnungsbau und Bevölkerungspolitik“, „Die Bedeutung der deutschen Landwirtschaft für den deutschen Binnenmarkt“ von Dr. E. Schlittenbauer, „Hat die Konjunkturforschung praktischen Wert?“, „Bayerische Finanzminister zur Finanzreform“, „Das Wirtschafts- und Geschäftsjahr 1929“, „Entwicklung und Zukunft der Elektrizitätswirtschaft“. Den sonstigen Inhalt der Nummer bildet neben der sehr interessanten Geschichte der Zeitschrift die übliche Fülle von Nachrichtenmaterial wirtschaftlicher Art. Besonders bemerkenswert sind die zahlreichen in dieser Nummer veröffentlichten Glückwünsche. Aus ihnen geht deutlich hervor, welches Ansehen und welche Bedeutung sich die Zeitschrift im Verlaufe der sechs Jahrzehnte ihres Bestehens verschaffen konnte.

Gebäudewerte (Berechnung, Lage, Kaufwert, Rentabilität der Gebäude, Steuern, Abgaben). Von Georg Kienle, Architekt. (Preis 1 M. Kommissions-Verlag G. F. Müller, Karlsruhe.) — In verständlicher Weise werden in dieser kleinen, praktischen Schrift Mittel und Wege gewiesen, wie die Neubankosten eines Wohnhauses ohne großen Zeitaufwand ermittelt werden können. Auch über die Lage bestehender Gebäude, über deren Kaufwert und Rentabilität ist alles Wissenswertes gesagt. Sie gibt somit den Beteiligten, dem Bauarchitekten und dem Hausbesitzer Aufschluß über den Wert der Gebäude und ist von besonderem Interesse für diejenigen, die ein Haus zu bauen oder zu kaufen beabsichtigen. Auch der erfahrene Praktiker wird das Büchlein mit Nutzen verwenden.

Die Rechtsstellung des Fürsorgearbeiters. Von Oberverwaltungsrat Dr. Max. Verlag G. Braun, Karlsruhe. 7,50 M. Die Entwicklung der letzten Jahre hat in steigendem Maße zu einem Einstromen arbeitsfähiger Personen in die Fürsorge geführt. Die Reform der Arbeitslosenversicherung läßt ein weiteres Ansteigen der Zahl der sog. Wohlfahrtsarbeitslosen erwarten. Im Hinblick hierauf ist sowohl für städtische wie für ländliche Bezirke der weitere Ausbau der Fürsorge, in erster Linie zur Erhaltung oder Wiederherstellung der Arbeitskraft arbeitsfähiger, um sie für die Arbeitsvermittlung reif zu machen oder zu erhalten, aber auch als Maßnahme zur Prüfung des Arbeitswillens und der Kontrolle eine dringende Aufgabe. Bei der Durchführung der Arbeitsfürsorge sind infolge der Unklarheit der gesetzlichen Grundlage und im Hinblick auf § 217 RVOG. in den letzten Jahren zahlreiche Schwierigkeiten aufgetaucht, die sich insbesondere in Streitigkeiten über die Rechtsstellung des Fürsorgearbeiters (freies Arbeitsverhältnis, Fürsorgeverhältnis, tarifliche Entlohnung, Versicherungsbeitrag, Betriebsvertretung, Beendigung des Arbeitsverhältnisses u. dgl.) ausgewirkt haben. Oberverwaltungsrat Dr. Max, Nürnberg, hat es sich zur Aufgabe gemacht, diese Schwierigkeiten und Unklarheiten aufzudecken. Die Schrift kommt damit einem dringenden Bedürfnis nach, da sich die Zweifel und Streitfragen in der Praxis häufen und es bisher an einer übersichtlichen Darstellung fehlt. Auf der breiten Grundlage einer Darstellung der Aufgaben und Methoden der Arbeitsfürsorge, die sich seit der Behandlung dieser Fragen auf dem 40. Deutschen Fürsorgetag (1927) in der Praxis entwickelt haben, behandelt die Arbeit die Rechtsstellung des Fürsorgearbeiters in ihren verschiedenen Auswirkungen, wie sie sich aus dem Wesen und den Zielen der Arbeitsfürsorge, den gesetzlichen Vorschriften und der umfangreichen Rechtsprechung der Arbeitsgerichte der letzten Jahre entwickelt hat. Eine wertvolle Beigabe ist eine Darstellung der Haupttypen der Arbeitsfürsorge in einzelnen Städten und ein ausführlicher Auszug aus den wichtigsten gerichtlichen Entscheidungen. Die Schrift ist für städtische und ländliche Fürsorgeverbände gleich wertvoll. Für die freie Wohlfahrtsfürsorge wird sie insbesondere für die ähnlich gelagerten Probleme der Beschäftigung in Arbeiterkolonien und sonstigen Anstalten von Bedeutung sein. Die eingehende Darstellung der Rechtslage macht die Schrift auch für Arbeitsämter und Arbeitsgerichte unentbehrlich.

Erledigung aller bankmäßigen Geschäfte mit und ohne Kreditgewährung

DEUTSCHE BANK UND DISCONTO-GESELLSCHAFT Filiale Karlsruhe

Aktienkapital und Reserve 445 Millionen Reichsmark

Zentralhandelsregister für Baden

<p>Mannheim. A.96 Handelsregister-Einträge: a) vom 9. Januar 1930: Krauß & Mäcker, Großhandel f. chemisch-technische Produkte, Mannheim: Die Gesellschaft ist aufgelöst. Das Geschäft ist mit Aktien und Passiven und samt der Firma auf Kaufmann Johann Jakob Karl Schreiner Ehefrau Verta geborene Seligmann in Mannheim übergegangen, die es als alleinige Inhaberin unter der bisherigen Firma weiterführt. b) vom 11. Januar 1930: Vergin, Anlage Rhein- und Erdölchemie in Mannheim-Altenheim als Zweigniederlassung der Firma Deutsche Vergin-Altenheim-Gesellschaft für Kohle u. Erdölchemie in Heidelberg. Dr. Friedrich Vergin ist nicht mehr Vorstandsmitglied. Felix Koch in Heidelberg u. das bisherige stellvertretende Vorstandsmitglied Karl Trill in Heidelberg sind zu ordentlichen Mitgliedern des Vorstands bestellt.</p> <p>Badische Bank, Mannheim: Die Prokura des Felix Albig ist erloschen.</p> <p>Wager, Gesellschaft in Mannheim: Dr. Wilhelm Woch ist nicht mehr Geschäftsführer.</p> <p>Autobandgesellschaft mit beschränkter Haftung, Mannheim: Ingenieur Carl Vollbrecht in Mannheim ist als weiterer Geschäftsführer bestellt.</p> <p>Albert Klein & Co., Mannheim: Eine Kommanditistin ist ausgeschieden. Kaufmann Paul Stefan Klein in Mannheim ist als persönlich haftender Geschäftsführer in die Gesellschaft, die hiermit zur offenen Handelsgesellschaft</p>	<p>umgewandelt ist, eingetreten.</p> <p>Bad. Amtsgericht, S.-G. 4, Mannheim.</p> <p>Wörzheim. A.31 Handelsregister-Einträge: 1. Firma Kubold & Gattner, Wörzheim: Das Geschäft ist mit der Firma auf Albert Waig, Kaufmann in Wörzheim übergegangen.</p> <p>2. Firma Wagner & Hürlimann, Wörzheim: Dem Kaufmann Adolf Döler jr. in Wörzheim ist Einzelprokura erteilt.</p> <p>3. Firma Oscar Burghard, Wörzheim: Die Prokura des Karl Burghard ist erloschen.</p> <p>4. Firma Karl Burghard, Wörzheim, Leopoldstr. 4. Inhaber ist Karl Friedrich Burghard, Kaufmann in Wörzheim. (Geschäftsgegenstand: Großhandel in Wein- und Spirituosen.)</p> <p>5. Firma Carl Dillenius, Wörzheim: Die Prokura des Robert Stitz ist erloschen.</p> <p>6. Firma Friedr. Wenz, Wörzheim: Dem Kaufmann Oscar Wenz in Wörzheim ist Einzelprokura erteilt.</p> <p>7. Firma Georg Wöhrl, Wörzheim: Karl Burghard, Techniker in Wörzheim, ist in das Geschäft als persönlich haftender Gesellschafter eingetreten. Offene Handelsgesellschaft seit 1. Oktober 1929.</p> <p>Amtsgericht Wörzheim.</p> <p>Kastatt. A.16 Handelsregister-Einträge: 1. Abt. A Bd. III O.-Z. 25 zur Firma Süddeutsche Feederwertung Th. Raub & N. Peter in Ralsch, Amt Ettlingen: Die offene Handelsgesellschaft ist aufgelöst. Das Geschäft ist auf den bisherigen Geschäftsführer August Peter, Fabrikant in Ralsch, übergegan-</p>	<p>gen, welcher es als Alleininhaber unter der Firma Süddeutsche Feederwertung August Peter mit dem Sitz in Ralsch, Amt Ettlingen, weiterführt.</p> <p>2. Abt. A Bd. II O.-Z. 13 zur Firma Karl Wg. in Kuppenheim: Das Geschäft ist auf die Witwe Karl Wg. Anna geb. Walz in Kuppenheim übergegangen, welche es unter der bisherigen Firma weiterführt.</p> <p>3. Abt. A Bd. II O.-Z. 168 zur Firma Müller & Kieser in Kastatt: Durch Beschluß des Amtsgerichts Kastatt vom 18. November 1929, rechtskräftig seit 5. Dezember 1929, wurde an Stelle der beiden bisherigen Liquidatoren der kaufmännische Sachverständige Albert Brauchle in Karlsruhe, Hebelstr. 17, gemäß § 146 Abs. 2 S.O.B. zum Liquidator ernannt.</p> <p>Kastatt. A.18 Handelsregister-Einträge: 1. Abt. A Bd. II O.-Z. 123 zur Firma Georg Schmidt in Kastatt: Die Prokura der Ehefrau Gg. Friedrich Wilhelm Schmidt Marie geb. Wagner in Kastatt ist erloschen. Die Firma ist erloschen.</p> <p>2. Abt. A Bd. III O.-Z. 44: Firma Albert Kohlbecker, Holzhandlung in Ralsch, Amt Ettlingen. Inhaber Karl Albert Kohlbecker, Kaufmann in Ralsch.</p> <p>3. Abt. A Bd. I O.-Z. 112 zur Firma August Scherer in Rotenfels: Die Firma ist erloschen.</p> <p>Kastatt, 30. 12. 1929. Amtsgericht Kastatt.</p> <p>Säckingen. A.7 Handelsregister-Einträge: Firma Marie Schlegel in</p>	<p>Murg: Die Firma ist erloschen.</p> <p>Säckingen, 16. 12. 1929. Bad. Amtsgericht.</p> <p>Schwezingen. A.8 Handelsregister-Einträge: Abt. A Bd. III zu O.-Z. 84 — Karl Strahaus in Ketsch — Die Firma ist erloschen.</p> <p>Schwezingen, 19. 12. 1929. Bad. Amtsgericht I.</p> <p>Schwezingen. A.9 Handelsregister-Einträge: Abt. B Bd. I zu O.-Z. 41 — Reuberger & Co., Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Schwezingen — Die Firma ist geändert in: Westdeutsche Garenfabriken Reuberger & Co., Gesellschaft mit beschränkter Haftung.</p> <p>Schwezingen, 19. 12. 1929. Bad. Amtsgericht I.</p> <p>Schwezingen. A.15 Handelsregister-Einträge: Abt. B Bd. I zu O.-Z. 25 — Claus Finrich, Tabakfabrik, Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Schwezingen — Durch Gesellschafterbeschluss vom 19. Dezember 1929 ist die Gesellschaft aufgelöst. Der bisherige Geschäftsführer Arthur Kazmaier ist als Liquidator bestellt.</p> <p>Schwezingen, 30. 12. 29. Bad. Amtsgericht I.</p> <p>Singen. A.10 Handelsregister-Einträge: B Bd. I O.-Z. 3 bei der Firma Wagg, Gef. m. b. H. in Singen (Zweigniederlassung in Berlin): Dem Syndikus Dr. Fritz Neuert in Singen a. S. ist Gesamtprokura erteilt in der Weise, daß er die Firma gemeinsam mit einem gemeinschaftlich zeichnenden Geschäftsführer, Geschäftsführerstellvertreter oder Prokuristen zeichnet.</p> <p>Singen a. S., 19. 12. 29. Bad. Amtsgericht II.</p>	<p>Singen. A.19 Handelsregister-Einträge: A II O.-Z. 234 bei der Firma Leichtmetall-Gießerei Singen Hermann Müller in Singen: Die Prokura des Edwin Müller ist erloschen.</p> <p>Singen a. S., 31. 12. 29. Bad. Amtsgericht II.</p> <p>Willingen, Baden. A.913 Handelsregister-Einträge: A Bd. I O.-Z. 370, Firma Mathias Vesch, Fabrik feinemechanischer und elektrotechnischer Artikel in Schwabenhausen: Die Firma ist erloschen.</p> <p>Willingen, 4. 12. 1929. Bad. Amtsgericht I.</p> <p>Willingen, Baden. A.3 Handelsregister-Einträge: A Bd. II O.-Z. 156: Firma Stark & Sohn in Willingen i. Schw. Inhaber: Bernhard Stark, Werkmeister in Willingen, Karl Hugo Stark, Kaufmann in Willingen. Offene Handelsgesellschaft. Die Gesellschaft hat am 1. November 1929 begonnen.</p> <p>Willingen, 27. 12. 1929. Bd. Amtsgericht I.</p> <p>Weinheim. A.2 Handelsregister-Einträge: A Bd. II O.-Z. 106 zur Firma Carl Stockicht & Co., Weinheim: Die Gesellschaft ist aufgelöst. Das Geschäft wird unter un- veränderter Firma von dem seitherigen Gesellschafter Dr. Hans Freyberg, Diplomingenieur in Weinheim, fortgeführt.</p> <p>Willingen, 21. 12. 1929. Amtsgericht Weinheim.</p> <p>Wolfsch. A.11 Handelsregister A Bd. II O.-Z. 12: Kaufhaus G. Kühn in Schiltach.</p> <p>Wolfsch., 17. 12. 1929. Amtsgericht.</p>	<p>Grundstückszwangsversteigerung.</p> <p>Im Zwangswege versteigert das Notariat am Donnerstag, 13. März 1930, nachmittags 3 Uhr, im Rathaus zu Leuzgnenreut das Hausgrundstück Lgb. Nr. 946/1 des Kaufmanns Ludwig Wilhelm Eichstaller in Leuzgnenreut.</p> <p>Die Versteigerung wurde am 28. November 1929 im Grundbuch vermerkt. Die Nachweisungen über das Grundstück samt Schätzung kann jedermann einsehen. Rechte, die am 28. November 1929 noch nicht im Grundbuch eingetragen waren, sind spätestens in der Versteigerung vor der Auforderung zum Bieten anzumelden und bei Widerspruch des Gläubigers glaubhaft zu machen; sonst werden sie im geringsten Gebot und bei der Erlösverteilung erst nach dem Anspruch des Gläubigers u. nach den übrigen Rechten berücksichtigt. Wer ein Recht gegen die Versteigerung hat, muß das Verfahren vor dem Zuschlag aufheben oder einwirken lassen, sonst tritt für das Recht der Versteigerungserlöse an die Stelle des versteigerten Gegenstands.</p> <p>Grundstücksbefreiung: Lgb. Nr. 934/1 der Gewerlung Leuzgnenreut, Hofreite und Hausgarten im Gewann Kirchseld. Auf der Hofreite steht: a) ein 1/2stüdiges Wohnhaus mit Laden, Eisenblechfenster u. Kniestock; b) ein 1/2stüdiges Magazin mit Backofen, Stall, Schopf, Schweineställen u. Kniestock. Schätzungswert: 18 000 M. Karlsruhe, 17. 1. 1930. Notariat V — Sollstreckungsgericht —</p>	<p>Badisches Landestheater</p> <p>Dienstag, 21. Januar 1930</p> <p>Außer Miete</p> <p>Einmaliges Gastspiel</p> <p>Nady Christians-Ernst Deutsch und Delmer Ensemble mit Hans Junfermann</p> <p>Hazard</p> <p>Ein Stück von Henry Bernheim</p> <p>Regie: Dr. Philipp Manning</p> <p>Mitwirkende: Christians, Konjochwala, Reigert, Albert, Deutsch, Fürtz, Junfermann, Wafschato.</p> <p>Anfang 20 Ende geg. 22/4</p> <p>I. Rang und I. Sperrstuh</p> <p>Mi., 22. Jan.: 1001 Nacht, Do., 23. Jan.: Hänsel und Gretel, Hierauf: Tausende, Fr., 24. Jan.: Faust II. Teil, Sa., 25. Januar: Neu einstudiert: Torquato Tasso, So., 26. Jan.: Nachmittags: Die andere Seite, Abends: Figaros Hochzeit. Im Koncert: Zum erstenmal: ... Vater sein dagegen sehr.</p>
--	---	---	---	---	---	---

COLOSSEUM

Täglich 8 Uhr
Sonntags 3/4, Uhr u. 8 Uhr

Glauer's Royal Midget's - Theater

Die kleinsten Menschen der Welt

Außerdem das große Varietéprogramm von Wolruf